

Gemüse- und Obstzüchter in gemeinsamer Arbeit

Wie sieht es mit der Verlängerung der Reichskredite aus? — Was kann uns die Zollunion bringen?

Nach dem am Vormittag des 8. Juni
festgesetzten geschlossenen Sitzungen der Hoch-
auschüsse für Gemüse- und Obstbau vereinigten
sich am Nachmittag um 3 Uhr die Obst- und
Gemüseschäfter zu einer gut besuchten gemein-
schaftlichen Sitzung der beiden Hochauschüsse.
Der Vorsitzende des Hochauschusses für Ge-
müsebau, Lenbaßf. Berlin, der den Vor-
sitz dieser Versammlung übernahm, bildete in
seiner Eröffnungsrede die augendienstliche
Lage des Vertriebstandes und gab die durch die
Neuwahl des Präsidiums des Reichsverbandes
erfolgten Änderungen bekannt, bei denen der
Obst- und Gemüsebau nicht zu letzter gekommen
sei. Nach den Ausführungen vom Ministerial-
direktor Strell anlässlich der Kundgebung
seien dem deutschen Obst- und Gemüsebau
wenig Aussichten auf eine Besserung auf zoll-
politischem Gebiet zu machen. Selbstverständlich
würde aber der Reichsverband den Kampf um
einen angemessenen Zollschatz mit aller Energie
forsetzen. Nicht hohe, sondern die Errichtung
angemessener Wege seien das Ziel, die nach
Abzug aller Auswendungen und Leistungen
gehobert werden müssten. Die Frage der Ab-
satzorganisation in bezug auf das Handels-
kassenrecht, die Sortenvereinheitlichung und
Qualitätsverbesserung seien von größter Wich-
tigkeit. Es müssten alle Kräfte dafür einge-
setzt werden, daß die Absichten und Pläne, die
gemeinsam vom Reichsverband des deutschen
Gartenbaus e. V. und Reichsverband der deut-
schen landwirtschaftlichen Genossenschaften —
Raiffeisen — aufgestellt sind, so schnell wie
möglich in die Tat umgesetzt werden. Eine
durch die rheinischen Versteigerungen bereits
gesicherte Bereitstellung eines Beitrages von
1% des Umsatzes an eine besondere Kasse
bei der Obst- und Gemüsestelle des Reichs-
verbandes der deutschen landwirtschaftlichen
Genossenschaften sollte auch durch die übrigen
Erzeugerorganisationen erfolgen. Es gibt der
Hoffnung Ausdruck, daß jedes bereit sein wird,
für die Fortschreibung der begonnenen Arbeiten
im Range zu wirken. Lieber die Verwendung
der Mittel solle ein von beiden Reichsverbänden
zusammengefechter Ausschuss beschließen. Nur
durch festen Zusammenschluß der Obst- und
Gemüseschäfter könne die Grundlage zur er-
folgreichen Arbeit geschaffen werden.

Über die Einführung einer Verladekontrolle für Getreide in Süddeutschland sprach Treffle-Münzen. Der Redner führte aus, daß die große Einfuhr standardisierten ausländischen Obstes Gegenmaßnahmen zum Schutz des deutschen Obstbaus erforderlich mache. Zu diesem Zweck plane man in Süddeutschland in diesem Herbst eine Verladekontrolle bei Waggonladungen einzuführen. Dazu seien einheitliche Kontrollvorschriften aufgestellt und den Mitgliedern der Hochbauausschuß zugestellt worden. Die einzelnen Obstbaubezirke werden in Kontrollbezirke eingeteilt, die Überkontrolleure (in der Regel die Bezirkssachberater) und Verladekontrollen, die nach Bedarf ausgebildet werden sollen, unterstehen. Die Verladekontrolle kann von Abfallvereinigungen, Einzelbetrieben und vom Auflaufhandel beantragt werden. Hierfür sind genaue Sortierungs- und Qualitätsbestimmungen nach den vom Reichsverband des deutschen Gartenbaus e. B. gegebenen Richtlinien aufgestellt. Die Verladekontrolle soll sich zunächst auf lose verladenes Obst erstrecken. Die anschließende rote Aussprache ergibt, daß es zur Behauptung deutschen Obstes auf deutschen Märkten notwendig sei, zu dieser Maßnahme zu kommen, und es wird beschlossen, die Erfahrungen, die in Süddeutschland gemacht werden, in der nächsten Frühjahrssitzung zur Beratung zu stellen.

Einen eingehenden Bericht über den Stand der Frage der Frühgemüse-Subskripte gibt Dr. Reichle. Bezüglich einer Verlängerung des Reichsbredits I aus 1926 und einer Ausdehnung der Amortisation für die demnächst fällig werdende erste Rate des Reichsbredits II seien bei den zuständigen Stellen seit längerer Zeit Verhandlungen eingeleitet. Beim Reichsbredit I sei erreicht worden, daß im Rahmen des Ostbilanzgesetzes eine generelle Verlängerung der Laufzeit des Gesamtredites um weitere 10 Jahre möglich ist. Gemeinsam werde aber, daß die Amortisationsbeträge so hoch wie möglich, spätestens bis zum 30. 6. 1934, aufzuzahlen würden, um sie erneut denjenigen zuwenden zu können. Vom Hauptausschuss sei der Gegenentwurf gebracht worden, die zuständigen Beträge in fünf gleichen



gleichmäßig zu amortisieren. Es sei nun dahin entschieden worden, daß im Einzelfalle auf Antrag des Kreditnehmers an die Deutsche Gartenbau-Kredit A.-G. die Amortisationsregelung erfolgen solle. Auch die Amortisation des Reichskredites II soll nach dem vorstehenden Entschied der zuständigen Stellen auf Antrag des Kreditnehmers unter Darlegung der finanziellen Verhältnisse von Hall zu Hall festgesetzt werden. Eine endgültige Antwort der Bundesregierungen steht aber hier noch aus. — In dem zu diesem Punkt gefassten Beschuß des Hochhauses kommt zum Ausdruck, daß der Hochbauschutz empfiehlt, von Hall zu Hall eine Schenkung zu beantragen und die zulässigen Mittel in kleineren Beträgen in der Regel zur Förderung der Frühbeetwirtschaft auszugeben.

Über die Rückwirkung der Hollunion mit Österreich auf dem Gebiet des Obst- und Gemüsebaus berichtet Trenkle-München in einem ausführlichen Referat. Er wägt die Vor- und Nachteile ab, die Deutschland auf dem Gebiet des Gemüse- und Obstbaus bei der Verwirklichung der Hollunion haben wird. Es befürchtet sei, daß die Einfuhr von Fremdstaub und Obstprodukten sich vermehren wird, daß Deutschland andererseits eine verstärkte Ausfuhr von Gierspflanzen und Gemüse nach Österreich vornehmen kann. Verhältnismäßig werden müsse aber, daß die Verwirklichung der Hollunion dem österreichischen Anbau einen starken Nutzen zur Erhöhung und Verbesserung seiner eigenen Produktion geben wird. Einen Schutz für die deutsche Produktion könne die Erhebung von Zollschengzöllen ergeben. Es sei aber fraglich, ob diese zu erreichen seien. Ein großer Nachteil der Hollunion würde jerner die größere Komplizierung in der praktischen Durchführung des ganzen Zolltarifwesens sein, weil nicht ein einheitlicher Zolltarif geschaffen wird, sondern nur eine Angleichung stattfinden soll. Wenn die Hollunion Wirklichkeit werden sollte, müsse damit gerechnet werden, daß sich Italien nur dann mit der Union einverstanden erklären wird, wenn weitgedehnte Zugeständnisse, die bestimmt auf dem Gebiet der Landwirtschaft bzw. des Gartenbaus liegen, gemacht werden. Eine Hollunion könnte vom Standpunkt des deutschen Obst- und Gemüsebaus nur dann wünschenswert und tragbar sein, wenn dadurch keinerlei Verschlechterung, sondern vielmehr eine Verbesserung der deutschen Holllässe für Obst- und Gartenbau ein-

tritt, wenn Zwischenzölle vorgesehen werden, wenn keine Ausdehnung der Union auf andere Länder erfolgt, da sonst die Union eine Gefahr bedeuten würde, die für den deutschen Obst- und Gemüsebau nicht abzusehen ist. — Diesen Ausführungen folgte eine sehr lebhafte Aussprache, die eiamig dahin ging, daß die deutschen Obst- und Gemüsegärtner schon jetzt die Forderung an die Regierung stellen müssen, daß durch die Zollunion eine weitere Verschärfung der an sich schon äußerst geürdeten Lage des deutschen Obst- und Gemüsebaus nicht eintreten dürfe.

Bezüglich der Verhandlungen mit der Konservenindustrie führte Dr. Ebert-Berlin aus, daß die bisherigen Verhandlungen nicht zu Ende geführt werden konnten, weil die Gemüse-Konserven-Industrie Forderungen stellte, die vom Anbau nicht erfüllt werden konnten. Damit seien jedoch die Beziehungen zur Konservenindustrie nicht völlig abgebrochen. Auf Wunsch der Spargelanbauschaft und der Industrie besteht vielmehr die Absicht, daß auch der Reichsverband sich an der endgültigen Festlegung der Spargelpreise, die in diesem Jahre erstmals auf geltender Basis erfolge, Ende Juni mit der Industrie beteiligen wird. Es wird von den Anbauern zum Ausdruck gebracht, daß in der starken Preißfestlegung für Anbau und Industrie Nachteile liegen, während bei der gleitenden Preißbasis, wenn sie in ehrlicher Weise erfolge, der tatsächlichen Marktlage entsprechende brauchbare Richtpreise festgelegt werden könnten. Von der Anbauschaft wird gewünscht, daß der Reichsverband auch in Zukunft Verhandlungen sowohl mit der Gemüse- als auch Obstverarbeitungsindustrie weiterführt. Ferner sei es wünschenswert, daß die Anbauern auf Grund von Preisberichten die allgemeinen Ertragsausichten im ganzen Reich erläutern, damit sie dem Handel bei Bleiben ungenügender Preise entgegentreten können. In diesem Zusammenhang wurden die Arbeiten der Preisberichtsstelle beim Deutschen Landwirtschaftsrat aus diesem Gebiet bearbeitet.

Unter „Geschleudern“ ist beim Rechtsverband der Antrag gestellt worden, für die Kennzeichnung von Süßware, die beim Ausladen in großer Höhe leicht verdorrt, einzutreten. Unterlagen werden beim Fachaus-

Schafft vom Betriebshauptgeschäftsstellen zu seinem nächsten Abzweig verlegt werden.

Um 19 Uhr schloß der Vorsitzende die Sitzung und sprach den Anwesenden seinen Dank für die rege Mitarbeit aus. Dr. G.

Deutscher landwirtschaftlicher Genossenschaftstag

Unter großer Beteiligung maßgebender Persönlichkeiten aus Wirtschaft und Politik hielt der Reichsverband der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften — Raiffeisen — vom 19. bis 20. Juni in Steinenbrücke seine diesjährige Tagung ab. Präsident Reichsminister a. D. Hermann gab in seiner Eröffnungsrede ein Bild von der allgemeinen Lage der deutschen Wirtschaft und der deutschen Landwirtschaft im besonderen. Seinen Hinweis darauf, daß die Nettoauskraft der Landwirtschaft um etwa $\frac{1}{4}$ Milliarde gesunken sei, und daß in der Landwirtschaft noch eine gewaltige Reserve für die Industrie liege, schloß er mit folgenden Ausführungen über das Ziel der Wirtschaftspolitik: „Das Ziel muß jedenfalls sein, die ausländische Nahrungsmittelinfuhr nicht noch weiter zu steigern, sondern auf ein unseren wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnissen entsprechendes Maß zu beschränken. Dazu ist vor allem ein angemessener Schutz der Fleisch- und Milchwirtschaft der Gesügelzucht, des Gemüse- und Obstbaues und der wirtschaftlichen Sonderkulturen erforderlich. Mehr denn je bedarf es der Einsicht auch der großen Raiffeisen der Bevölkerung, daß die verschiedenen Wirtschaftszweige unseres Bundes solidarisch sind und daß insbesondere eine Preisgabe unserer Landwirtschaft die städtische und gewerbliche Bevölkerung selbst ausstärke schädigen würde. Auch die nichtlandwirtschaftliche Bevölkerung muß begreifen, daß die jetzt geforderten Agrarziele nicht Schuhzölle im gewöhnlichen Sinne und daß sie auch nicht eine Steigerung der Kosten der Lebenshaltung bedeuten, sondern daß es sich darum handelt, einen Damm zu errichten gegen eine Ueberflut.“

Der Gartenbau kann diese Forderung in vollem Umfang zu den eigenen machen, ebenso wie der Gartenbau es begrüßen würde, wenn die in den Ausführungen des Herrn Reichsministers zur Ernährung und Landwirtschaft, Dr. Schiele, enthaltenen auch auf den Gartenbau Anwendung finden würden. Seither besteht allerdings wenig Aussicht. Reichsminister Dr. Schiele betonte die Notwendigkeit eines stärkeren Schutzes der Veredlungswirtschaft. Auf dem Wege einer klaren und systematisch durchgesetzten Agrarpolitik liege der Weg zur Rettung aus deutscher Wirtschaftsknot, und dieser Weg müsse man deshalb auch ungestüm für das Gebiet der Veredlungswirtschaft geben, die ja nicht allein dem Wertsteigerungsbereich nach, sondern auch hinsichtlich der Menge der in ihr liegenden Arbeitsleistung (das gilt vor allen Dingen vom Gartenbau!! D. Schätzl.) noch weit größere Erfolge verspreche als bei der Getreidewirtschaft. Hier könnten wir, wenn nur der nötige Schutz heimischer Produktion gesichert sei, große Werte an Einfuhr sparen und damit unsere gesamte Volkswirtschaft in einem entscheidenden Maße entlasten. Wenn wir aber mit diesem einen Satz aus den Ausführungen des Reichsernährungsministers auch die Notwendigkeit einer systematischen Förderung des Gartenbaus begründen, so wollen wir dabei auch die andere Forderung des Ministers nicht fehlen lassen, daß diese Aufgabe wohl nur von einer Landwirtschaft gelöst werden könne, die in allen ihren Organisationen einig sei, von denen jede in ihrer besonderen Art und Wirkungsmöglichkeit an dem großen Ziele arbeiten müsse.

schwemmung mit Auslandslebensmitteln.“ Sein Hinweis auf die Gebühren für die Veredlungswirtschaft, bei denen es sich um einen Gesamtproduktionswert von 6 Milliarden handele, während der Wert der Getreideproduktion ungefähr 2 Milliarden ausmache, endete mit der Forderung, daß es allerhöchste Zeit sei, mit der Verwirklichung des von der Regierung selbst als notwendig erkannten Schutzes der Veredlungswirtschaft zu beginnen, um diese vor verhängnisvollen Überraschungen zu bewahren und zugleich eine sichere Grundlage für die erfolgreiche Betätigung der wirtschaftlichen Selbsthilfe zu schaffen.

Nach dem Bericht des Generalanwalts Gennes, der im Rahmen einer Darstellung der Aufgaben der bei dem Genossenschaftsverband eingerichteten Spezialabteilungen auch die gemeinsam mit dem Reichsverband des deutschen Gartenbaus e. V. durchgeführte Organisation des Spargelabsatzes erwähnte, und einem Vortrage von Verbundsdirektor Berg in Darmstadt sprach Landrat a. D. Freiherr von Wilmowksi-Marienthal über die Zusammenarbeit von Erzeugern und Brennern bei der Lösung landwirtschaftlicher Absatzfragen. Das Thema ist auch für uns nicht ohne Interesse, so daß wir uns darüber, darauf sonders einzudringen.

Erweiterung des gartenbaulichen Pressedienstes

Nachdem der Reichsverband seit einiger Zeit mit der „Pressestelle für den deutschen Garten“ bestreit ist, die Idee des Gartens Lebens zu fördern und damit den Betrieb gärtnerischer Erzeugnisse zu beleben, ist es jetzt gelungen, auch die Beilageung der Tagespresse mit Artikel wirtschaftspolitischen Inhalts durch eine anerkannte Korrespondenz zu sichern. Die „Landwirtschaftliche Wochenschrift“ hat sich entschlossen, unter ihrer eigenen Verantwortlichkeit und Schriftleitung“ allwöchentlich einmal den „Gartenbaudienst“ herauszubringen. In diesem Gartenbaudienst werden alle Tagesfragen der Gartenbauwirtschaft vom Standpunkt des Berufstandes und der allgemeinen Wirtschaftspolitik behandelt. Die Schriftleitung liegt selbstverständlich bei dem Herausgeber. Doch ist und seitens der Schriftleitung bereitwillig jede Möglichkeit zur Mitarbeit zugesagt worden. — Zur Rahmen seiner Korrespondenz „Für deutsche Arbeit“ (Schriftleitung Deutsches Landwirtschaftsrat), hat der Volkswirtschaftliche Aufklärungsdienst bereits die Werbung für deutsche gartenbauliche Erzeugnisse aufgenommen. Auch diese Korrespondenz steht uns jederzeit zur Verfügung. Sie wird von mir für alle gartenbaulichen Erzeugnisse genutzt werden.

Der Steuerfistus im Dienste des Auslandes

Ueberall findet man jetzt die aus ausländischen Rohstoffen hergestellten Orangaden als Steuerfrei, daher besonders billig angepriesen. In der Tat sind sie außer dem Brennen und Leitungswasser, dem Apfelsaftmost und dem Milch (und natürlich dem Weins und Traubensaft), die einzigen Getränke, welche die Steuerkunst Steuerfrei gelassen hat. Unsere, den Orangaden genau entsprechenden, aber aus deutschem Obst hergestellten Obsthäppchen dagegen tragen, und zwar

Achneburg? Baumschulenbesitzer

Baumheber

Der neue **Baumheber** „System Reitlinger“ D.R.P. ist auf d. Markt erschienen, Preis nur 180 M. Vollständig neues System, Unübertr. Leistung. Welt über 200 Bäume in der Stunde. Hochstämme u. Zwergblüme. Nur zwei, bzw. ein Mann Bedienung. Verl. Sie bitte ausführl. Prosp. mit Gutachten u. Gebrauchsanw. Lesen Sie auch den Artikel von Herrn Garteninsp. Meyer-Ludwigshafen in diss. Nummer. Alleinherstellung und Vertrieb:

GRIESER & HERBOLD
Gewächshaus und Maschinenbau
Heidelberg, Römerstraße 3-10

